



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XII/79 - 4. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24834-33

Fernschreiber 0886690

Hinweise
auf den Inhalt:

Um den Interzonenverkehr	S. 1
Die französische Rechte und die Regierung Collet	S. 3
Der Altersaufbau der Vertriebenen	S. 5
Ein missverständenes Gespräch Willy Brandts	S. 6
Steinhoffs Rechenschaftsbericht	S. 8

"Judasgroschen"?

Von Dr. Karl Mönner, MdB.

Dem Druck der Kassen nachgebend, nicht aus eigenen Freiheitstrieb, nicht aus Anerkennung der menschlichen Notwendigkeiten, haben die Stalinisten in Pankow den Verkehr über die Zonengrenze, dem von uns bekanntlich nicht die mindesten Hindernisse in den Weg gelegt werden, so weit liberalisiert, dass im vergangenen Jahr nicht weniger als 2,4 Millionen Besucher aus der Zone zu uns in die Bundesrepublik kamen. Als typische Polizeistaatler können sie es aber nicht lassen, mit Stempeln, Ausweisen und Genehmigungen diesen Verkehr zu kontrollieren. Trotzdem - 2,4 Millionen sind eine eindrucksvolle Zahl, und an keiner anderen Stelle der Welt ist der Eisenerk Vorkang so durchlässig wie im geteilten Deutschland.

Auch in anderer, allerdings negativer Hinsicht ist dieser Interzonenverkehr ein einmaliges Phänomen. Es gab und gibt viele Staaten in der Welt, die in Devisennöten leben und deshalb gezwungen sind, die Summen des zur Mitnahme bzw. zum Umtausch freigegebenen Geldes bei Reisen ihrer Staatsangehörigen ins Währungsausland klein zu halten. Wir erinnern uns an das aufrüstende Dritte Reich: 20.-- RM durfte man pro Person ins Ausland mitnehmen. Die "DDR" ist in ständiger Devisenklemme. Was sie an Devisen hat, wird für ihre hochtrabenden stalinistischen Aufbaupläne mit absolutem Vorrang der Schwerindustrie verbraucht. Wie in Stalins 5-Jahres-Plänen so spielt auch in den Plänen der Pankower Stalinisten der Mensch die allerletzte Rolle.

Sie überbieten jedoch alles Dagewesene. Sie können es zwar nicht

hindern, dass Millionen in die Bundesrepublik, d.h. in ein anderes Währungsgebiet, reisen. Sie geben diesen Deutschen, die ihre Verwandten und Freunde bei uns besuchen, jedoch nicht die Möglichkeit, auch nur eine einzige Mark Ost legal in DM West anzutauschen. Seit Jahr und Tag überantworten sie unsere Verwandten aus Mitteldeutschland der Hilfe ihrer Angehörigen im Westen, was einen Angriff auf das Selbstgefühl unserer Freunde bedeutet, die, das wissen wir aus Erfahrung, sich in der Rolle der armen Verwandten keineswegs wohlfühlen. Hinzu kommt, dass die "Reichsbahn" der DDR sich weigert, Rückfahrkarten auszugeben. Man überlege nur: die Menschen werden losgeschickt, ohne einen Pfennig Geld, mit der stillen Versicherung "Seht zu, woher Ihr das Rückfahrgehalt bekommt, seht zu, woher Ihr den Fahrschein für die Strassenbahn bekommt, seht zu, wie Ihr Durst und Hunger stillt".

Wir Sozialdemokraten sind es gewesen, die versucht haben, diesen unerträglichen Zustand, der in der Welt nicht seinesgleichen hat, zu beseitigen. Wir haben in unseren Anträgen im Bundestag der Bundesregierung vorgeschlagen, bei den Verhandlungen über den Verrechnungsverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Rahmen des Interzonenhandels von der anderen Seite zu erwirken, dass den Reisenden aus dem Währungsgebiet DM-Ost die Möglichkeit zum Umtausch wenigstens eines Mindestbetrages zum Kurs 1:1 gegeben werde. Das würde den Verzicht auf nur einige wenige Prozent Grenzsteuer für die DDR bedeutet haben. Die Diktatur des "Planes" erschlug das berechnete menschliche Verlangen - Pankow lehnte ab.

Es war wieder die SPD, die im Bundestag vorschlug, die Gesamtheit der Westdeutschen müsse den Besuchern aus Mitteldeutschland helfen. Wir waren es, die verlangten, dass aus Steuermitteln den Besuchern sowohl die Rückfahrkarte als auch ein Taschengeld von 10,- DM gegeben werde. Wir erfüllen damit, und auch nur mit einem bescheidenen Anfang, eine Pflicht nationaler Solidarität. Wir erfüllen sie, weil und so lange die Pankower Regierung ihre Pflicht gegenüber den Bewohnern ihres Gebietes nicht erfüllt.

Dass wir für sie einspringen, empfinden Ulbricht und Genossen mit Recht als Blotsstellung. Anstatt aber schnell ihr bisheriges Versagen zu korrigieren, tun sie das, was Dogmatiker in solchen Fällen tun, sie schimpfen über "Judasgroschen", entfesseln eine Kampagne, in der die Bewohner der Zone aufgefordert werden, "stolzer und selbstbewusster aufzutreten" und unsere "aus den Arbeitern herausgepressten Groschen" als Judasgroschen abzulehnen - ohne zu sagen, aus welchen Mitteln die Besucher ihre kleinen Ausgaben und die Bezahlung der Rückfahrkarte bestreiten sollen. Dass sie mit der Geschimpfe keinen Eindruck auf die Zonenbewohner machen können, beweisen die Meldungen, dass sogar die Mitglieder der SED bei Besuchen unsere bescheidene Solidaritätsspende in Anspruch nehmen.

Die Propaganda gegen die "Judasgroschen" entspringt einem aufgescheuchten schlechten Gewissen. Wir werden weitere Mittel bereitstellen, und die Besucher aus der Zone werden so lange zur Annahme dieser Mittel einfach gezwungen sein, bis die zuständigen Stellen in Pankow bereit sein werden, das zu tun, was jedes zivilisierte Land tut, den Ausreisenden ein Minimum an Mitteln mit auf den Weg zu geben. Bei kommenden Verhandlungen über den Interzonenhandel werden wir sie wieder vor diese Frage stellen.

Die Flagge des falschen Patriotismus

l.o.-Paris, Anfang April

Zu den Vorwürfen, die gegen die vom Chef der sozialistischen Partei, Guy Mollet, geführte Regierung erhoben werden, gehört auch der, dass sie zwar "scharf" sei, wenn es um Taten der Linken geht, dass sie aber äusserst milde sei, wenn es sich um Taten der extremen Rechten handelt. Tatsächlich regt sich die extreme Rechte auffallend kräftig. Sie erhebt genau wie es der Faschismus anderswo praktizierte, den Anspruch darauf, den Patriotismus gepachtet zu haben. Wer anders denkt als die Faschisten um den Kleinhändler-Führer Poujade oder als der Rechtsanwalt und Über-Patriot Biaggi, ist ein Schuft und Verräter. Dass auch die vorschriftsmässige Portion Antisemitismus nicht fehlt, zeigte sich mit besonders erfreulicher Offenheit anlässlich der Feier, die bei der Umbenennung eines Pariser Platzes stattfand; der Platz heisst jetzt nach dem verstorbenen Sozialistenführer Léon Blum.

Den Ärger des Populaire, Organ der Sozialistischen Partei, brachten die wüsten Urkruen zum explodieren, die sich am Sonntag, dem 31. März auf Frankreichs vornehmster, breitester Strasse, den Pariser Champs Elysée abgespielt hatten. Am Triumphbogen, der sich an der höchsten Stelle dieser Wunderstrasse erhebt, hatte eine patriotische Feier stattgefunden, die sich sehr bald in eine wüste Demonstration verwandelte. Brüllend, tobende junge Leute randalierten gegen die "Verräter", die Frankreichs Stellung in Nordafrika durchhässliche Berichte untergraben, sie zogen vor die Bürde der Wochenzeitschrift L'Express (in der die Aufsehen erregende Artikelserie "Leutnant in Algerien" erscheint), und sie konnten, obwohl Polizei eingesetzt war, ihren Tobuchtsmarsch noch geraume Zeit fortsetzen, ehe er sich schliesslich in Missgefallen auflöste. Nur wenige Verhaftungen wurden vorgenommen. Nun würden Schlachtrufe wie "Algerien ist französisch" und "Mendès an den Galgen" (womit Mendès-France, der frühere Ministerpräsident gemeint ist) wenig schwerwiegende Politika sein, wenn nicht der Regierung Mollet nachgesagt würde, sie gehe gegen diese Raubbrüder auffallend milde vor. Die Presse der faschistischen Rufen denkt längst nicht mehr daran, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Versammlungen politischer Gegner werden unter Anwendung bekannter Schlägermethoden gestört. Unbeliebten Politikern, wie dem sozialistischen Bürgermeister des Pariser Vorortes

Puteaux werden die Fensterscheiben eingeschlagen.

Wenn dem Kabinett Mollet nachgesagt wird, es stelle eine Regierung der Linken dar, die eine Politik der Rechten treibe, so gehört hierzu auch der Vorwurf, sie Sorge für kräftigstes Eingreifen, wenn Journalisten über Zustände berichten, die den Feldzug in Afrika moralisch belasten, tue jedoch herzlich wenig, wenn es sich um wirkliche Übergriffe von rechts handelt. Freilich gibt es französische Sozialisten, die traurig abwinkend den Standpunkt vertreten, die Polizei und sonstige Ordnungshüter entwickeln nun einmal einen starken Rechtsdrall. Daher gingen sie wütend vor, wenn etwa Kommunisten zur Strecke zu bringen sind. Und daher seien sie kurzsichtig und schwerhörig, wenn es um die andere Seite geht.

Nachzuprüfen, ob diese Behauptung richtig ist, dürfte wohl kaum möglich sein. . Tatsache aber ist, dass zum Beispiel die Redakteure der Wochenschriften *Témoignage Chrétien* (Christliche Zeugenschaft) und *L'Express* nicht von angeblich oder wirklich faschistischen Polizeiorganen dem Gericht zugeführt wurden, sondern durch den Verteidigungsminister, der, so merkwürdig es klingt, der Partei eben jenes einstigen Ministerpräsidenten Mendès-France angehört. Nach einer Angabe der im allgemeinen sehr gut unterrichteten, unabhängigen Tageszeitung *Le Monde* beunruhigen sich sogar Kabinettsmitglieder über das Wachsen des Faschismus und darüber, dass "eine gewisse extreme Rechte wieder Vertrauen in sich selbst gefasst hat". Auch *Le Monde* drückt aus, dieser Vorgang sei angesichts der Milde, deren sich diese Kreise zu erfreuen haben, nicht sonderlich erfreulich.

Wirklich spricht vieles dafür, dass die Zahl der Faschisten während der vergangenen zwölf Monate nicht zugenommen hat. Manches spricht sogar dafür, dass besonders die *Partei Poujades* an Anziehungskraft verloren hat und sogar zentrifugale Kräfte entwickelt. Wenn dennoch Lautstärke und Tatendrang auf der extremen Rechten deutlich gewachsen sind, so eben deswegen, weil sie sich sicher fühlt und fühlen kann. Da die Regierung durch ihr kräftiges Vorgehen gegen Antifaschisten den Eindruck erweckt als wägte sie nicht irgendetwas anzutasten, was unter der Flagge des Patriotismus segelt, kommt sehr wahrscheinlich der einfache Polizist zu der Überzeugung, er handle richtig, wenn er sich entsprechend verhält. Patriotismus aber war noch nie identisch mit Nationalismus. Das weiss Mollet so gut wie sein Ministerium.

Der Altersaufbau der Vertriebenen

Die Statistischen Informationen des Bundesausgleichsamtes bringen erstmalig eine Statistik der Hauptentschädigungsempfänger und deren Altersaufbau. Sie ist nur eine Repräsentativzählung, die bei 201 Ausgleichsämtern 429 676 oder 10,55 Prozent aller Feststellungsanträge erfasste. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, dass die Wirklichkeit den daraus errechneten Zahlen nahekommen wird.

Eingereicht wurden Feststellungsanträge insgesamt 8 338 300. Davon entfallen auf reine Hausratschäden 4 267 300. Von den verbleibenden 4 071 000 sind reine Währungsausgleichsschäden (mit und ohne Hausratschäden) 698 400, so dass Anträge mit Hauptentschädigungsanspruch 3 372 600 oder 40,45 Prozent verbleiben.

Von den Vertriebenen wurden 4 396 200 Feststellungsanträge eingereicht; davon sind nur 1 762 300 reine Hausratschäden; von den restlichen 2 633 900 gehen die reinen Währungsausgleichsschäden von 698 400 ab, so dass bei ihnen 1 935 500 oder 44,03 Prozent Anträge mit Anspruch auf Hauptentschädigung verbleiben.

Von diesen 1 935 500 Vertriebenen sind geboren

-1869	17 600	oder	0,9 Prozent
1870-1874	41 600	oder	2,1 Prozent
1875-1879	83 600	oder	4,3 Prozent
1880-1884	125 600	oder	6,5 Prozent
1885-1889	160 600	oder	8,3 Prozent
1890-1894	195 600	oder	10,1 Prozent
1895-1899	237 600	oder	12,3 Prozent
1900-1909	309 000	oder	16,0 Prozent
1910-1919	311 100	oder	16,1 Prozent
1920-1929	175 400	oder	9,1 Prozent
1930-1952	77 600	oder	4,0 Prozent

zusammen 1 935 500 oder 100,0 Prozent

Die verhältnismässig hohe Zahl jugendlicher Antragsteller unter den Vertriebenen ist ein Beweis für die hohen Blatopfer, die sie bringen mussten. Bei den Kriegssachgeschädigten entfallen auf die Geburtenjahrgänge 1930 bis 1952 nur 1,7 Prozent (gegen 4 Prozent bei den Vertriebenen). Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den älteren Antragstellern. Bei den Vertriebenen entfallen auf die Geburtsjahrgänge bis 1889 22,1 Prozent der Antragsteller mit Anspruch auf Hauptentschädigung, bei den Kriegssachgeschädigten dagegen 34,1 Prozent. Hier zeigt sich, wie vielen Vertriebenen durch die Vertreibung ihr Leben verkürzt wurde.

* * *

"Brandt lässt mit sich verhandeln"

sp. Unter diesem Titel gaben einige Zeitungen auf die Oder-Neisse-Grenze bezogene Äusserungen des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, wieder, die angeblich in einem vor längerer Zeit gehaltenen Gespräch mit dem Bonner Korrespondenten der Kopenhagener Zeitung "Politiken" gefallen sein sollten. Das Gespräch erschien in Interviewform dieser Tage in der genannten Zeitung. Danach habe Brandt die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch Deutschland in Aussicht gestellt, falls Moskau der Wiedervereinigung der Sowjetzone mit Westdeutschland zustimme. Wer Willy Brandt kennt, weiss, dass eine solche dezidierte Äusserung von ihm niemals stammen kann.

Weder ein Politiker noch eine Partei ist befugt und berechtigt, Erklärungen für Gesamtdeutschland in Grenzfragen abzugeben. Diese fallen ausdrücklich unter die Kompetenz eines aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Parlaments und einer von diesem freigewählten Regierung. Dieser Selbstverständlichkeit ist sich auch Willy Brandt bewusst. So hat er dann auch, als ihm der Text des Politiken-Interviews bekannt wurde, festgestellt, sein Gespräch mit dem dänischen Korrespondenten sei missverständlich wiedergegeben worden und entspreche nicht seinen Auffassungen.

Wie Brandt in Wahrheit über eine im Geiste der friedlichen Verständigung und ohne Aufgabe des Heimatrechts zu erfolgende Regelung des leidvollen Ostgrenzproblem denkt, hat er in seiner viel beachteten Rede am 10. März vorigen Jahres auf einer Tagung des Bundes Vertriebener Deutschen in Hannover dargelegt. Er sagte dort u.a.:

"Wir müssen es deutlich werden lassen, dass es - wenn wir von der Wiedervereinigung sprechen - in dieser Zeit um zwei, wahrscheinlich nicht zusammenfallende Problemkreise geht. Wiedervereinigung in der praktischen Politik heisst zunächst, und vor allem, die Wiedervereinigung unserer Menschen, wo sie heute in ihrer grossen Mehrheit leben. Das ist das Problem der Wiedervereinigung der deutschen Menschen in der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone, die sich DDR nennt. Und dann gilt es, von dieser Zusammenführung der volklichen Kraft und der staatlichen Einheit aus, zu ringen um einen möglichst vernünftigen Friedensvertrag, und um eine möglichst gerechte Grenzziehung. Niemand kann, so wie die Dinge liegen, erwarten, dass wir auf unseren Rechtsanspruch verzichten. Niemand kann von Ihnen meine Freunde, erwarten, dass Sie sich die Feinst aus dem Herzen reissen lassen. Und niemand wird es verhindern können,

wenn wir es nicht selbst verhindern, dass wir mit friedlichen Mitteln um jeden Quadratmeter deutscher Bodens ringen werden."

Das sieht schon wesentlich anders als die ihm von der dänischen Zeitung zugeschobene Verzichtserklärung auf die unter polnischen Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete aus.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in dieser Frage ist in jeder Hinsicht klar und eindeutig. Sie erkennt sich heute wie vom ersten Tage an zu dem Recht auf die Heimat, es darf auf die Dauer von der freien Welt nicht verringert und bestritten werden, wenn sie nicht den eigenen Grundprinzipien Untreu werden will. Auf dem Münchner Parteitag sagte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, dazu:

"Unser Ziel ist die Wiederherstellung eines freien, friedlichen demokratischen Deutschlands in den Grenzen von 1937. Wir werden auch in Zukunft das Recht auf die Heimat für alle, die ihre Heimat durch Gewalt verloren haben, verteidigen, und es bleibt unser Ziel und unsere Aufgabe, auf friedliche Weise dieses Recht auf Heimat für alle zu sichern."

Diese Sätze bleiben gültig, sie umreißen die Politik der Sozialdemokratie, an ihr gibt es nichts zu ändern.

* * *

Karl Voigt 70 Jahre

Ein Pionier der sozialistischen Presse

Am 7. April vollendet der frühere langjährige Geschäftsführer der Magdeburger "Volksstimme", Karl Voigt sein 70. Lebensjahr. Der Hochbetagte, der seinen Wohnsitz jetzt in Hamburg hat, gehört zu den Pionieren des sozialistischen Pressewesens in Deutschland. Nach langjähriger Tätigkeit als Kultursekretär der SPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt und Sekretär in der Arbeiterjugendbewegung entstanden unter seiner Initiative nach dem zweiten Weltkrieg mehrere moderne Buchhandlungen und ein Buchverlag. 1927 wurde Karl Voigt zum Geschäftsführer des grossen Verlages W. Pfanckuch und Co., Magdeburg, berufen. 1933 wurde das von Karl Voigt geleitete Unternehmen von den damaligen Machthabern beschlagnahmt. Er selbst wurde, wie viele seiner Freunde, verhaftet und verlor seine wirtschaftliche Existenz. Nach 1945 stellte Karl Voigt sofort wieder seine reichen Erfahrungen als Druck- und Verlagsfachmann in den Dienst der SPD und ihrer Wirtschaftsunternehmen; zunächst als Geschäftsführer der Literatur-Vertriebsgesellschaft, später als Leiter des Münchner Zweigbetriebes des "Vorwärts". Noch heute nimmt der 70-Jährige regen Anteil an der politischen Arbeit. Aus Anlass seines Ehrenfestes werden viele Freunde und die ehemaligen Angehörigen der von ihm geleiteten Betriebe seiner grossen Leistungen für das sozialistische Pressewesen in Deutschland gedenken.

* * *

Eine gute Arbeit

D.Str. Es ist alter deutscher Rechtsbrauch, dass derjenige, der für einen Dritten Vermögensinteressen wahrnimmt, nur zugunsten jenes Vermögens etwas tun darf. Zu allen das Vermögen belastenden Rechtshandlungen bedarf er der Zustimmung des Gerichtes. Sinn dieses wohlverstandenen Gedankens ist es, das Vermögen des anderen durch seine umsichtige Verwaltung zu mehren und es zu schützen.

Wer den Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, gegeben anlässlich der Haushaltsdebatte vor dem Landtag des grössten Bundeslandes, durchblättert, der wird an jenen Gedanken unseres Rechtes erinnert, und zwar deshalb, weil Fritz Steinhoff und seine Regierungskoalition SPD, FDP und Zentrum nicht nur objektive Verwalter des "Erbes" Karl Arnolds waren, sondern mit Elan und Tatkraft alles das vermehrt hat, was ihnen das Parlament des grössten Bundeslandes anvertraute.

Mit Genugtuung konnte daher Fritz Steinhoff, ein echter "Knubbe" des stockwestfälischen Landes, darauf hinweisen, dass die Kommunalwahlen des Jahres 1956 die Willensbildung des Düsseldorfer Parlaments im Februar 1956 bestätigt haben.

Wie sehr die haltlosen und unbegründeten Angriffe der CDU-Opposition ins Leere gingen, die der neuen Koalition an Rhein und Ruhr vorwarf, sie lebe allein vom "Erbe" Arnolds, zeigt der Rechenschaftsbericht klar und deutlich.

So wurden die Darlehenssätze für 1957 im Rahmen des Wohnungstaues bis zu 170 Prozent gegenüber den bisherigen Sätzen erhöht, die Haushaltsmittel für den Wohnungsbau wurden für 1957 auf 1020 000 000 DM aufgestockt, für Gruppenvorhaben von Eigenheimen und Kleinsiedlungen 1956 und 1957 84 Millionen DM besonders bereitgestellt, während 130 Millionen DM für die Beseitigung von Kasernen- und Barackenquartieren bereitgestellt werden konnten. Der Satz zur Förderung von freien, gemeinnützigen und kommunal-sozialen Einrichtungen wurde bereits 1956 von 15 auf 30 Millionen DM erhöht, während er für 1957 eine Erhöhung auf 40 Millionen DM erfuhr.

88 Millionen DM konnten zur Unterstützung der "Förderungshypothen" bereitgestellt werden, während im Jahre 1956 nachrangige öffentliche Mittel für 185 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau bewilligt wurden. Das sind über 35 Prozent mehr als 1954 und 1955.

Auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts wurde das in der Regierungserklärung von Fritz Steinhoff angekündigte Urlaubsgesetz verabschiedet, das auch dem Heimarbeiter den Urlaub sichert und am 1. Januar 1957 in Kraft trat.

Der Landesjugendplan wird in verstärktem Masse der Freizeitgestaltung und der Jugendpflege zuwenden. Dass 1956 allein 15 neue "Heime der offenen Tür" errichtet und viele Freizeitheime ausgebaut wurden, ist ein lobenswertes Positivum im Kontobuch von Sozialminister Hemsath.

Der Wohnungsbau für die SBZ-Flüchtlinge erhöht zusätzlich 32 Mill. DM, während 21 650 DM zur Schaffung von Übergangsplätzen zur

Verfügung stehen.

Erhebliche Mittel sind den öffentlichen Sozialeinrichtungen zur Bekämpfung der Kinderlähmung, der Tuberkulose und für die Mütterfürsorge zur Verfügung gestellt worden, während die Schulzahnpflege auch auf die Berufsschulen (bereits in 66 Kreisen) ausgedehnt worden ist.

Innenminister Biernatz besondere Sorge galt seit dem Tage seines Amtsantrittes der (schleppend dahinfließenden) Wiedergutmachung. 1956 wurden 53 860 Ansprüche erledigt; das sind 70 Prozent mehr als 1955. Die Leistungen haben sich seit 1955 verdreifacht (!).

Wer erinnert sich nicht der Kassandrarufer der CDU, die mit dem Regierungswechsel in Düsseldorf eine "Gefahr für das Christentum" an die Wand malten. Schall und Rauch waren jene dummdreisten, um nicht zu sagen pharisäischen Auftritte, die in eis Nichts zerstoßen, denn Fritz Steinhoff konnte erklären: "Unser Verhältnis zu den Kirchen ist gut"! So bezuschusste die Landesregierung den 77. Katholikentag in Köln nicht unbeträchtlich, sie schloß den Staatsvertrag mit dem "Heiligen Stuhl" zur Errichtung des Bistums Essen und dotierte es mit 258 000 DM jährlich.

Dem Schulwesen schenkte die Regierung Steinhoff ihre besondere Aufmerksamkeit. Ein zweites Institut zur Erlangung der Hochschulreife soll errichtet werden, die Ausbildung der Ingenieure wird verstärkt, Volksschulen werden in beträchtlicher Zahl neu errichtet und das Volks-Hochschulwesen wird unterstützt.

Der Sport kann mit einer ihm freudig entgegenkommenden Landesregierung zusammenarbeiten, die 1956 mit half 203 Turnhallen, 3 Schwimmbäder, 47 Freibäder, 72 Sportplätze aus Landesmitteln zu erstellen. Für das kommende Haushaltsjahr sind wiederum erhebliche Aufbaumittel vorgesehen.

14 neue Institute, Fakultätsgebäude, 159 neue Stellen wurden auf dem Gebiete des Hochschulsektors geschaffen: ebenso 6 neue Lehrstühle für Atomforschung. Der Zuschuss für Lehre und Forschung beträgt für 1957 163 000 000 DM; sie sind damit gegenüber 1956 um 14 Millionen DM erhöht worden. Pionierarbeit leistete Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiete der Atomforschung. Für Universitäten und Technische Hochschulen soll eine gemeinsame Atomforschungsanlage errichtet werden. Die Gesamtkosten betragen 82,5 Millionen DM. An Landesmitteln werden bis 1960 einschliesslich 42,5 Millionen DM aufgebracht, während der Bund 40 Millionen hinzugebt. Für 1957 sind bereits 9,8 Millionen DM vorgesehen.

Von den übrigen Erfolgen und Planungen der einjährigen Regierungsarbeit in NRW ist der weitere Ausbau der Landstrassen 1. Ordnung noch von Bedeutung. In einem 10-Jahres-Plan sind 2 Mrd. DM in Aussicht genommen. Für 1957 sind 80 Millionen eingesetzt.

Schlaglichter einer guten Arbeit der Regierung des Landes an Rhein und Ruhr konnten hier nur aufleuchten. Sie sind es wert, von allen beachtet zu werden.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel